

MARKTGEMEINDE MAUERBACH
BEZIRK WIEN UMGEBUNG
LAND NIEDERÖSTERREICH

genehmigt in der Sitzung des
Gemeinderates am

PROTOKOLL
über die
GEMEINDERATSSITZUNG

am: 27. Juni 2007

Beginn: 19.30 Uhr

Schlossparkhalle, Untergeschoß („Stüberl“)

Ende: 21.35 Uhr

3001 Mauerbach,

Hauptstraße 248

Anwesend: Bürgermeister Gottfried Jelinek (als Vorsitzender, Liste Jelinek)
Vizebürgermeister Erwin Hackl (SPÖ)

von der Liste Jelinek:

GGR Mag. Sigurd Meixner
GGR Kurt Langschwert
GR Stefanie Steuerer
GR Ing. Wolfgang Gratzner
GR Monika Nepelius
GR Johann Wöginger
GR Klaus Fröhlich
GR Leopold Dutzler

von der SPÖ:

GR Ing. Gerhard Stitzle
GR Harald Prenner
GR Elfriede Auer
GR Wilhelm Markl

von der ÖVP:

GGR Rosa Pitterle
GR Dr. Hans Jedliczka
GR Alfred Bannauer
GR Matthias Pilter

von der Grünen Plattform:

GGR DI Monika Iordanopoulos-Kisser
GR Ursula Prader
GR Mag. Tilman Brandl

Entschuldigt: GR Mag. Walter Wurmitzer, GR Peter Buchner

Weiters anwesend: Peter Mayer (OSekr.), Huberta Auer-Weissmann (Schriftführer)

Die Einladung sämtlicher Mitglieder des Gemeinderates ist ausgewiesen.

Der Gemeinderat zählt 23 Mitglieder, davon sind 21 anwesend, die Sitzung ist daher beschlussfähig.

Außerdem sind 6 Zuhörer anwesend.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Gottfried Jelinek, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die heutige Sitzung beschlussfähig ist.

Er begrüßt auch die Zuhörer.

Tagesordnung:

I. öffentlicher Teil

- I/1 Bericht des Bürgermeisters
- I/2 Genehmigung der Sitzungsprotokolle vom 31.5.2007 und 5.6.2007
- I/3 Bericht – Prüfungsausschuss vom 30.5.2007
- I/4 Beschluss – Ankauf Einrichtung neuer Kindergarten Hauptstraße 165
- I/5 Beschluss – Interessenbekundung zur aktiven Teilnahme am „Klimabündnis Wienerwald im Biosphärenpark“ 2007 bis 2010

II. Dringlichkeitsanträge

III. nicht öffentlicher Teil

- III/1 Beschluss - Vereinbarung Fa. Ortner
- III/2 Beschluss - Vereinbarung Fa. Geritzer

Vor Eingehen in die Tagesordnung bringt Bgm Jelinek vier Dringlichkeitsanträge zur Kenntnis.

Dem Dringlichkeitsantrag von **Bgm Jelinek** betreffend Grundsatzbeschluss, der Telekom Austria AG die **Errichtung eines Breitbandverteilers auf dem gemeindeeigenen Grundstück 20/7** sowie die dazugehörige Kabelverlegung zu gestatten, wird **mit 1 Enthaltung** (GR Dutzler) die Dringlichkeit zuerkannt. Er wird unter **Punkt II/1** in den **öffentlichen Teil** der Tagesordnung aufgenommen. Der Dringlichkeitsantrag ist als Beilage B diesem Protokoll angeschlossen.

Dem Dringlichkeitsantrag **der Grünen Plattform Mauerbach und von GR Dutzler** betreffend Einführung einer **Fragestunde für GemeindegängerInnen** vor Gemeinderatssitzungen wird **mit 10 Gegenstimmen** (GR Auer, GR Markl, GR Stitzle, GR Steuerer, GGR Meixner, GGR Langschwert, GR Gratzer, GR Wöginger, GR Fröhlich, GR Nepelius) **sowie 2 Enthaltungen** (Bgm Jelinek, GR Prenner) die Dringlichkeit nicht zuerkannt und er wird nicht in die Tagesordnung aufgenommen. Der Dringlichkeitsantrag ist als Beilage C diesem Protokoll angeschlossen.

Dem Dringlichkeitsantrag von **GR Pilter** betreffend **Jugendveranstaltungen** für die Jugend wird **mit 9 Gegenstimmen** (Bgm Jelinek, Vbgm Hackl, GR Auer, GR Markl, GR Stitzle, GGR Meixner, GGR Langschwert, GR Wöginger, GR Nepelius) **sowie 4 Enthaltungen** (GR Prenner, GR Steuerer, GR Fröhlich, GR Gratzer) die Dringlichkeit nicht zuerkannt und er wird nicht in die Tagesordnung aufgenommen. Der Dringlichkeitsantrag ist als Beilage D diesem Protokoll angeschlossen.

Dem Dringlichkeitsantrag der **ÖVP Mauerbach** betreffend etwaiger **Gefahr durch schadhafte Bäume auf Gemeindegrund** wird **mit 1 Gegenstimme** (GR Stitzle) **sowie 1 Enthaltung** (GR Prenner). Er wird unter **Punkt II/2** in den **öffentlichen Teil** der

Tagesordnung aufgenommen. Der Dringlichkeitsantrag ist als Beilage E diesem Protokoll angeschlossen.

Die nunmehrige Tagesordnung lautet:

I. öffentlicher Teil

- I/1 Bericht des Bürgermeisters
- I/2 Genehmigung der Sitzungsprotokolle vom 31.5.2007 und 5.6.2007
- I/3 Bericht – Prüfungsausschuss vom 30.5.2007
- I/4 Beschluss – Ankauf Einrichtung neuer Kindergarten Hauptstraße 165
- I/5 Beschluss – Interessenbekundung zur aktiven Teilnahme am „Klimabündnis Wienerwald im Biosphärenpark“ 2007 bis 2010

II. Dringlichkeitsanträge

- II/1 Grundsatzbeschluss für die Errichtung eines Breitbandverteilers auf dem gemeindeeigenen Grundstück 20/7 sowie die dazugehörige Kabelverlegung durch die Telekom Austria AG
- II/2 Untersuchung der gemeindeeigenen Bäume

III. nicht öffentlicher Teil

- III/1 Beschluss - Vereinbarung Fa. Ortner
- III/2 Beschluss - Vereinbarung Fa. Geritzer

I/1 Bericht des Bürgermeisters

Dieser Bericht wurde (laut GR-Beschluss 21.9.1994) allen Gemeinderäten gemeinsam mit der Einladung zu dieser Sitzung übermittelt (siehe Beilage A).

GR Brandl bezieht sich auf eine Aussendung des Rogo-Verlages hinsichtlich einer offensichtlich geplanten Broschüre der Marktgemeinde Mauerbach für die Gemeindebürger und vermisst diesbezüglich einen Bericht des Bürgermeisters. Dieser wird laut Bgm Jelinek zu gegebener Zeit vorliegen.

Weiters kritisiert GR Brandl den Entfall des Tagesordnungspunktes „Anfragen an den Bürgermeister und Ausschussvorsitzende“. Bgm Jelinek erklärt, dass laut Gemeindeordnung nur Fragen zur Tagesordnung zulässig sind und daher dieser Tagesordnungspunkt entfallen musste. GR Brandl entgegnet, dass somit angefragt wird, weshalb über wichtige Themen nicht berichtet wird. Auch GR Prader betont das Recht der Bürger sowie der Mitglieder des Gemeinderates, Fragen zu Informationszwecken zu stellen, da ihrer Meinung nach die Gemeinderäte von den Bürgern dazu gewählt wurden und um diese Themen zu bearbeiten.

GGR Pitterle bezieht sich auf die langjährige Gepflogenheit, Dringlichkeitsanträge immer auf die Tagesordnung zu setzen und sieht in der plötzlichen Änderung eine mangelnde Wertschätzung der anwesenden Personen. GGR Langschwert entgegnet, dass Themen in den Ausschüssen behandelt und erörtert werden müssen. Die Gemeinderatssitzungen sollen keine

Veranstaltung zur persönlichen Profilierung sein sondern zur Erarbeitung sachlicher Themen dienen.

I/2 Genehmigung der Sitzungsprotokolle vom 31.5.2007 und 5.6.2007

GR Stitzle bemerkt, dass GR Dutzler nach wie vor ein Mitglieder der Liste Jelinek ist und daher auch bei der Anwesenheitsliste des Protokolls vom 05.06.2007 entsprechend geführt werden muss.

OSekr. Mayer erklärt kurz den Unterschied zwischen Wahlpartei und Fraktion.

GR Dutzler urgiert eine schriftlicher Beantwortung seiner Anfrage bei der Gemeinderatssitzung vom 28.03.2007. Dies wird nachgeholt.

Antrag von GGR Meixner, das Protokoll vom 31.05.2007 ohne Verlesung zu genehmigen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 8 Enthaltungen (GGR Iordanopoulos-Kisser, GR Brandl, GR Pilter, GGR Pitterle, GR Jedliczka, GR Bannauer, GR Markl, GR Dutzler)

Antrag von GGR Meixner, das Protokoll vom 05.06.2007 mit der beantragten Änderung ohne Verlesung zu genehmigen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 3 Enthaltungen (GR Auer, GR Prader, GR Fröhlich)

I/3 Bericht – Prüfungsausschuss vom 30.5.2007

GR Auer erklärt, dass einige Fragen betreffend der Jugendveranstaltung offen sind und dies daher bei der nächsten Sitzung einer Prüfung unterzogen wird.

GR Auer verliest das Protokoll des Prüfungsausschusses vom 30.05.2007.

GGR Pitterle findet die Formulierung „geringfügige Abweichungen“ zu wenig konkret und ersucht, künftig genaue Beträge anzuführen. GR Auer wird dem nachkommen.

I/4 Beschluss – Ankauf Einrichtung neuer Kindergarten Hauptstraße 165

Die Angelegenheit wurde im Ausschuss für Soziales und Personal behandelt.

Es wurden 3 Anbote eingeholt (Preise exkl. MWSt).

Fa. Aurednik GmbH	€	8.116,38	
Fa. Eibe	€	8.495,22	
Fa. Schmiderer & Schendl	€	7.940,86	wobei im Anbot ein Papierschrank um ca. € 1.800,-- nicht enthalten ist.

Bestbieter ist somit die Fa. Aurednik GmbH.

Antrag von GR Steuerer, der Gemeinderat möge die Beauftragung der Aurednik GmbH mit der Lieferung der Kindertageneinrichtung für den neuen Kindergarten Hauptstraße 165 zu € 8.116,38 beschließen.

Bedeckung: 5/2402-0420 (AOH – Einrichtung Kindergarten).

Voranschlagsbetrag: € 10.000,--; bisher verbraucht: 0,00

Abstimmung: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

I/5 Beschluss – Interessenbekundung zur aktiven Teilnahme am „Klimabündnis Wienerwald im Biosphärenpark“ 2007 bis 2010

Die Angelegenheit wurde auch im Gemeindevorstand besprochen. Vbgm Hackl berichtet von einer Tagung am 21.03.2007 in Neulengbach, bei welcher er mit Bgm Jelinek teilgenommen hat, und dem Beschluss, alle Biosphärenpark-Gemeinden zu einer Klimabündnis-Aktion zwecks Senkung der Treibhausgase zusammen zu schließen.

Zur Teilnahme können alle Gemeinden ansuchen und ein Projekt bekannt geben, daraus werden 20 Gemeinden ausgewählt, welche von der NÖ Landesregierung betreut werden. Diesen 20 Gemeinden werden € 600.000,-- an Fördermitteln zur Verfügung gestellt. Der Projektzeitraum ist von 2007 bis 2010.

Die Gemeinde Mauerbach hat ihr Interesse bereits bekundet, nun fehlt noch der Beschluss zur aktiven Teilnahme sowie ein Projekt, mit welchem wir um Teilnahme ansuchen können. Weiters muss ein Klimabündnis-Arbeitskreis gegründet bzw. aktiviert werden.

Vbgm Hackl verliest die Grundvoraussetzungen.

Der Beitritt selbst kostet nichts, jedoch muss sich die Gemeinde zur Umsetzung einer energiesparenden Maßnahme innerhalb von drei Jahren verpflichten. Als mögliches Projekt wird die Straßenbeleuchtung in die engere Wahl gezogen.

Antrag von Vbgm Hackl, der Gemeinderat beschließt die aktive Teilnahme am Intensivprogramm „Klimabündnis Wienerwald im Biosphärenpark“, Programmlaufzeit 2007 bis 2010, und akzeptiert vollinhaltlich die nachstehenden Teilnahmebedingungen:

- Die Gemeinde ist eine Niederösterreichische Biosphärenpark-Gemeinde
- Die Gemeinde ist bereits Klimabündnis-Gemeinde oder wird innerhalb des ersten Programmjahres dem Klimabündnis beitreten.
- In der Gemeinde wird ein Klimabündnisarbeitskreis gebildet bzw. ein bereits bestehender Klimabündnisarbeitskreis weitergeführt oder belebt.
- Die Gemeinde ist bereit, mindestens ein klimarelevantes Projekt im Rahmen und während der Laufzeit des Schwerpunktprogramms umzusetzen.
- Die Gemeinde ist bereit, Budgetmittel für die Umsetzung nachhaltig wirksamer Investitionen und Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen zu binden.
- Die Gemeinde führt eine CO₂-Bilanzierung durch.
- Die Gemeinde beteiligt sich aktiv am Gesamtprogramm und im Gemeinденetzwerk.
- Die Gemeinde benennt einen Ansprechpartner aus der Gemeindevertretung oder Gemeindeverwaltung.
- Die aktive Teilnahme am Schwerpunktprogramm wird durch ein grundsätzliches Einverständnis der Gemeinde mittels eines Gemeinderatsbeschlusses zum Ausdruck gebracht.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

II. Dringlichkeitsanträge

II/1 Grundsatzbeschluss für die Errichtung eines Breitbandverteilers auf dem gemeindeeigenen Grundstück 20/7 sowie die dazugehörige Kabelverlegung durch die Telekom Austria AG

Die Telekom Austria möchte eine Verbesserung des ADSL erreichen und plant daher die Errichtung eines Breitbandverteilers auf dem Grundstück 20/7. Zusätzlich sind Aufgrabungen für die Kabelverlegung im Gehsteigbereich entlang der Hauptstraße von der Waldgasse Richtung Billa auf einer Länge von ca. 45 m notwendig.

GR Prenner verweist auf das bereits bestehende Breitband von Telekabel und regt weiters an, auf die ordnungsgemäße Wiederherstellung des Gehsteiges zu achten.

GGR Langschwert bemerkt, dass Telekabel als derzeit einziger Anbieter die sogenannte „Allmacht“ nützt, ein weiterer Anbieter ist für die Nutzer sicher von Vorteil. Außerdem entstanden aufgrund des fehlenden Telekomanschlusses auch Nachteile, die somit entfallen.

Der Bgm Jelinek erklärt, dass in einem Grundsatzbeschluss vorab die Erlaubnis erteilt werden soll. Die Telekom wird einen Vertragsentwurf ausarbeiten. Der Vertrag ist dann in einer Sitzung des Gemeinderates eigens zu beschließen.

Antrag von Bgm Jelinek, der Gemeinderat möge den Grundsatzbeschluss fassen, der Telekom Austria AG die Errichtung eines Breitbandverteilers auf dem gemeindeeigenen Grundstück 20/7 sowie die dazugehörige Kabellegung vorab zu gestatten.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

II/2 Untersuchung der gemeindeeigenen Bäume

GR Prader gibt diesbezüglich zu bedenken, dass der Ausschuss für Umwelt und Ökologie für solche aufwendigen Untersuchungen sicher keine ausreichenden Budgetmittel zu Verfügung hat. Um die Gemeinde aus etwaigen Haftungen nehmen zu können, regt GGR Pitterle an, diese Angelegenheit gemeinsam mit dem Ausschuss für Finanzen und Vermögen zu behandeln. GR Brandl erkundigt sich nach einer entsprechenden Versicherung der Gemeinde, bezweifelt, dass eine Verhinderung von Schäden aufgrund der Waldnähe möglich ist und fragt nach, ob solche Kontrollen nicht jährlich stattfinden.

Auch GGR Langschwert betont die Notwendigkeit und regt zur Beschleunigung und Kostenminimierung an, verdächtige Bäume dem Amt mitzuteilen, die dann von einem Gutachter vorrangig besichtigt werden. Weiters schlägt er vor, auch Privatgrundstücke zu beobachten und die Liegenschaftseigentümer aufzufordern, ihre Bäume kontrollieren zu lassen. Hauseigentümer müssen selbst für eine Versicherung sorgen, da bei Elementarereignissen die Haftpflichtversicherung nicht zahlt.

GR Prenner bemerkt, dass bereits für die Bachsanierung viel bezahlt wurde. Außerdem werden die Bäume entlang der Landesstraßen mit der BH kontrolliert, nur die Nebenstraßen sind Angelegenheit der Gemeinde. Ob Private zur Kontrolle aufgefordert werden können, ist

seiner Meinung nach fraglich und sollte hinterfragt werden. GGR Pitterle schlägt vor, entsprechende Artikel in der Gemeindezeitung abzdrukken. Auch Vbgr Hackl sieht die Verpflichtung bei der Gemeinde, die Bürger zu informieren.

Auf eine Anfrage von GGR Iordanopoulos-Kisser wird geklärt, dass umgefallene Bäume vom öffentlichen Gut durch den Bauhof entsorgt werden, für die Räumung privater Bäume hat der jeweilige Liegenschaftseigentümer zu sorgen.

GR Steuerer erklärt, dass bei privatrechtlichen Fällen (z.B. zwischen zwei Nachbarn) die BH nicht einschreitet, sondern die Angelegenheit nur zivilrechtlich zu klären ist. Diesbezüglich ist es sinnvoll, den Nachbarn schriftlich und nachweislich zu verständigen, auch aufgrund der Haftungsfragen.

Antrag von GGR Pitterle, der Bürgermeister möge den Ausschuss für Umwelt und Ökologie damit betrauen, die Bäume auf Gemeindegrund auf deren Zustand hin zu untersuchen und die notwendigen Maßnahmen zu veranlassen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Ende öffentlicher Teil um 21.02 Uhr.

III. nicht öffentlicher Teil

III/1 Beschluss - Vereinbarung Fa. Ortner

III/1 Beschluss – Vereinbarung Fa. Geritzer

GR Brandl macht auf die aufliegende Broschüre „Atomstopp“ aufmerksam.

Der Bürgermeister schließt die Sitzung um 21.35 Uhr.

Der Bürgermeister



(Gottfried Jelinek)

Der gf. Gemeinderat

.....
(Mag. Sigurd Meixner, Liste Jelinek)

Die gf. Gemeinderätin

.....
(Rosa Pitterle, ÖVP)

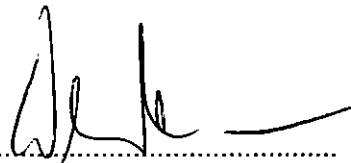
Der Gemeinderat

.....
(Ing. Gerhard Stitzle, SPÖ)

Die gf. Gemeinderätin

.....
(DI Monika Iordanopoulos-Kisser
Grüne Plattform)

Schriftführer



(Huberta Auer-Weissmann)

Bericht des Bürgermeisters

Es liegen keine Schriftstücke vor.

Bürgermeister
Gottfried Jelinek

Dringlichkeitsantrag

gem. § 46 Abs. 3 NÖ GO
zur Gemeinderatssitzung am 27.6.2007

Ich ersuche um Aufnahme in die Tagesordnung und Beschlussfassung folgenden Antrages:

Der Gemeinderat möge den Grundsatzbeschluss fassen, der Telekom Austria AG die Errichtung eines Breitbandverteiles auf den Gemeindeeigenen Grundstück 20/7 sowie die dazugehörige Kabellegung vorab zu gestatten.

Seitens der Telekom ist ein Vertrag vorzulegen, der in der nächsten Gemeinderatssitzung^t eigens zu beschließen ist.

Begründung: Die Telekom plant die Errichtung schon im August 2007. Da das Ansuchen erst nach der Einladung zu dieser Gemeinderatssitzung eingelangt ist und eine rasche Breitband-Internetversorgung für Mauerbach im Interesse der Gemeinde liegt, ist die Dringlichkeit gegeben.

Der Bürgermeister



(Gottfried Jelinek)

6

BEILAGE C

Gemeinderat vom 27. Juni 2007

Dringlichkeitsantrag Fragestunde – Seite 1

Dringlichkeitsantrag

gemäß § 46 Abs.3 NÖ Gemeindeordnung 1973

Betreffend die

"Einführung einer Fragestunde für GemeindegängerInnen vor Gemeinderatssitzungen "

Eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates vom 27. Juni 2007

Der Antrag lautet:

Der Gemeinderat wolle beschließen

Gemeinderatssitzungen sollen künftig mit einer zumindest halbstündigen „**Fragestunde**“ für GemeindegängerInnen und - bürger begonnen werden. Diese soll Gelegenheit bieten, Anfragen an den Bürgermeister, an GemeindegängerInnen oder allgemein den Gemeinderat zu richten, Anregungen auszusprechen oder allgemein die Gemeinde betreffende Anliegen vorzubringen.

BEGRÜNDUNG

Der in diesem Antrag enthaltene Vorschlag soll

1. der viel beschworenen Politikverdrossenheit entgegenwirken, und
2. eine lebendig GemeindegängerInnen in unserer Gemeinde fördern

Im Kontakt mit GemeindegängerInnen wird deutlich, dass diese sich vielfach vom aktuellen Geschehen und von sie direkt betreffenden Entscheidungen ausgeschlossen fühlen. Es besteht oft auch die Meinung, dass nur Wählerstimmen zählen, zwischen den Wahlen aber die Meinung der BürgerInnen nicht zählt. Dies hat zunehmend Desinteresse und sogar Unlust am politischen Geschehen zur Folge. Dass dies so ist kann sich keine Gemeindevertretung wünschen, die ihr Mandat - den Auftrag der BürgerInnen, die Gemeinde im wohlverstandenen gemeinsamen Interesse zu gestalten und zu verwalten - ernst nimmt.

Mit einer Fragestunde wird ein Forum geschaffen, in dem persönliche Anliegen oder Fragen von allgemeinem Interesse direkt an die GemeindevertreterInnen herangetragen werden können. Damit erhalten Anliegen der BürgerInnen mehr Gewicht und Anerkennung als bisher. Ihre Stimme bekommt Bedeutung auch zwischen den Wahlterminen, die Mitbestimmung der Bevölkerung im Gemeinwesen wird gestärkt, und damit die lebendige und direkte GemeindegängerInnen.

Datum: Dienstag, 27. Juni 2007

C

Jüngster Gemeinderat
Matthias Pilter
3001 Mauerbach

BEILAGE D

An den Gemeinderat der
Marktgemeinde Mauerbach

Dringlichkeitsantrag
gem. § 46. Abs. 3, NÖ – Gemeindeordnung
für die Gemeinderatssitzung am 27.06.2007

27.06.07

Betreff: Jugendveranstaltungen FÜR die Jugend

Rückblick:

Am 02. Juni 2007 fand in der Schlossparkhalle das 1. Interkulturelle Fest der Plattform „Jugend für Jugend“ statt. Organisiert wurde die Veranstaltung von Jugendgemeinderat Gratzer.

Die Kosten der Veranstaltung beliefen sich auf ca. 5000 Euro, der Verlust wird in ähnlicher Höhe sein. Die Gemeinde übernahm die Ausfallhaftung dafür.

Bei dieser Veranstaltung waren nicht einmal 40 Personen anwesend, nur vereinzelt davon Jugendliche.

Die Jugend war nicht darüber informiert, dass für sie eine Veranstaltung mit viel Geld auf die Beine gestellt wurde – jugendgerechte Werbung für die Veranstaltung war nicht vorhanden, die Wahl der Bands ging völlig an der Jugend vorbei.

Mit den ca. 5000 Euro die mit dieser Veranstaltung in den Sand gesetzt wurden, hätte man vieles für die Jugend machen können, unter anderem mit dem großen Wunsch der Mauerbach Jugend, dem Bau eines FunCourt-Platz, beginnen können.

Antrag:

Ich stelle den Antrag in Zukunft die Mauerbacher Jugend bei den Planungen von Jugendaktivitäten miteinzubeziehen und nicht über deren Köpfe hinweg zu bestimmen was passiert.

Die **Dringlichkeit** wird wie folgt begründet:

Um zu verhindern, dass zukünftige Finanzmittel für Jugendaktivitäten, die aufgrund der angespannten Lage der Finanzen der Marktgemeinde Mauerbach, nur sehr bedingt vorhanden sind, nicht an der Jugend vorbei verwendet werden, ist eine sofortige Änderung der Arbeitsweise erforderlich.

Alfred Jann
Wolfgang
Matthias Pilter

4

VP Mauerbach
Hauptstr. 105
3001 Mauerbach

BEILAGE E

An den Gemeinderat der
Marktgemeinde Mauerbach

Dringlichkeitsantrag

gem. § 46. Abs. 3, NÖ – Gemeindeordnung
für die Gemeinderatssitzung am 27.06.2007

27.06.07

Betreff: Gefahr durch schadhafte Bäume auf Gemeindegrund?

Bei den letzten Unwettern die auch vor Mauerbach nicht halt gemacht haben, wurden einige Bäume umgerissen und eine Vielzahl an Ästen sind heruntergerissen worden. Nicht nur auf Privatgrund, sondern auch von Gemeindegründen. Teile dieser Bäume und Äste waren bereits kaputt. Dies stellt für die Mauerbacher Bevölkerung und den Straßenverkehr eine vermeidbare Gefährdung dar.

Anträge:

Die VP Mauerbach stellt den Antrag, Bürgermeister Jelinek möge den Umweltausschuss damit betrauen, die Bäume auf Gemeindegrund auf deren Zustand hin zu untersuchen und die notwendigen Maßnahmen zu veranlassen.

Die **Dringlichkeit** wird wie folgt begründet:

Bei den letzten 2 Unwettern hatten die Feuerwehren eine hohe Zahl an Einsätzen durch umgefallene Bäume und abgerissenen Ästen. Um die Sicherheit unserer Mauerbacher Bürger zu gewährleisten, sollte schnellstmöglichst der Zustand der Bäume auf Gemeindegrund überprüft werden.

Roni P. →
Alfred Jelinek an
Matthias Aldner
Göllbacher